

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

29 (6.2.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pf., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 80 Pf. Bei der Post 1/3 erhöht, Nr. 2.25, durch den Briefträger ins f. u. s. gebracht, Nr. 2.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Beilagen: „Stern und Blumen“. Einmal wöchentlich; das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt. „Blätter für den Familientisch“. Zweimal wöchentlich; das vierseitige Unterhaltungsblatt.</p>	<p>Anzeigen: Die sechshaltige Beilage oder deren Raum 25 Pf., Resten 60 Pf., Kotanzgeigen billiger. Bei späterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Bermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42, Heinrich Vogel, Direktor.</p>	<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Weber; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>	<p>Verantwortlich für Anzeigen und Resten: Hermann Bahler in Karlsruhe.</p>

Wochenrückschau.

Von Fortschritten in der Hauptfrage des deutschen Reiches, der Reichsfinanzreform, ist nichts zu melden. Die Lage ist immer noch so, daß die Konventionen sich sperren gegen die Nachlasssteuer. Andererseits häufen sich auf der liberalen Seite die Staatsfinanzen, in welchen nachgewiesen werden soll, daß nur ein ganz geringer Prozentsatz der Grundbesitzer von der Nachlasssteuer betroffen würde. Die Konventionen müßten an Stelle der Nachlasssteuer eine Erhöhung der Matrilinealbeiträge der einzelnen Bundesstaaten erhöhen, die die direkten Steuern der Einzelstaaten erhöht werden müßten, um des Finanzbedarfs des Reichs willen. Dieser Ausweg wäre im Grund genommen eine Umgehung einer direkten Reichsteuer, welche letztere schon wegen der Erhaltung der Selbstständigkeit der Bundesstaaten von einer großen Mehrheit des Reichstags abgelehnt wird. Uns scheint jedoch, daß eine solche Lösung der erste Schritt zur schließlichen Einführung der direkten Reichsteuer wäre. Das neue Buch über den deutschen Kaiser, von dem Konfessionsjournalisten Grottel, hat viel von sich sprechen machen. Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß es bei der jetzigen Lage mehr schade als nütze, weil es alte Konfliktfragen wieder neu auf die Tagesordnung bringe. Im übrigen gehen die Urteile über Einzelheiten in dem Buche weit auseinander. So wird die Darstellung betreffs der Stellungnahme von einigen großen Tagesblättern als durchaus unrichtig, von anderen jedoch, wie der „Süd. Zig.“ und der „Köln. Zig.“, als längst bekannt und richtig bezeichnet.

Zu Baden ist in der Politik wenigstens ein Fortschritt zu verzeichnen wie im Reich. Blockfreiheit und nichts als Blockfreiheit, wobei sich die Demokraten merkwürdig ruhig verhalten und auf Anzettelungen seitens der Freimünnigen, mit denen die Nationalliberalen unter freigelegener Führung des Reichstags bis umringeln, recht kühl antworten. Die Demokraten sind eben feierlich, da ihnen ihre fünf Sinne wieder zugewandert sind; während sich für die Freimünnigen immer noch kein Stuhl gefunden hat, auf dem sie sich niederlassen könnten, obwohl sie für die Nationalliberalen mindestens dieselbe Bedeutung haben, wie die Demokraten. Der Janfahel ist immer noch vorrathig; dort hat sich unter flackernder Brüstung der freimünnigen Wähler Oberländer auf den Mandatsstuhl gesetzt und verlangt, daß die Freimünnigen ihn unterstützen oder wenigstens nicht durch eine freimünnige Kandidatur bekämpfen. Die Freimünnigen wollen aber nichts davon wissen. Daher Sitzungen auf Sitzungen, aber keine Einigung. Den „Genossen“ wird da und dort der Verrat der revisionistischen Führer um die Gunst der Nationalliberalen zu dummen und sie verlangen, daß er aufhört, worauf die sozialdemokratische Presse ihre Langzunftstücke wegzulugnet. Inzwischen hat das Zentrum in Wehrda und Offenburg zwei schöne Siege bei den Gemeindevahlen errungen, die zu weiteren Hoffnungen berechtigen.

Im Elsaßlothringerischen Landesauschuss hat diese Tage her die Assimilation eine große Rolle gespielt; die Elsäßer möchten, daß die bereingegangenen Beamten sich der elsässischen Mehrheit assimilieren, während die Beamtenpartei der Ansicht ist, die Elsäßer wollten deutscher werden. Die Elsäßer betonen aber, daß sie ihre Eigenart nicht aufgeben wollen, und daß auf keinen Fall der Zwang das von der Beamtenpartei herbeigewünschte Resultat haben werde.

In Bayern machen die Liberalen, wie schon öfters, Redungen im Ministerkabinett. Sie haben es auf den Kultusminister von Wehner abgesehen, der ihnen schon längst ein Dorn im Auge ist, da sie ihn dringend im Verdacht haben, er begünstige den christlichen Einfluß auf den Hochschulen. Und das kann die liberale Professorenpartei nicht zulassen. Den Liberalen ist es schon einigemal gelungen ihnen mißliebige Kultusminister zu Fall zu bringen. Man darf darauf gespannt sein, ob sie auch diesmal Erfolg haben werden.

Der Spracherfreit in Oesterreich schleppt sich wie eine alte Krankheit fort. Die Regierung hat nun, um dem Unheil in Böhmen zu steuern, zwei bedeutungsvolle Gesetzentwürfe eingebracht, die aber im Abgeordnetenhaus alsbald wieder die scheidende radikale Majorität auf die Beine rief. Eine Botanne, zwei Sirenenpeisen, vier Theaterregimenten, ein Nebelhorn und ein paar Medaillen als Schmuckstücke waren im Orchester der böhmischen Missionen vertreten, um die nationale Verkündigung niederzulärmen. Es nützte alles nichts. Der Räum wurde fortgesetzt, jedoch sich am 5. Februar der Ministerpräsident genötigt sah, nachdem er lange genug ruhig zugehört hatte, dem Präsidenten ein Affidavit zu übergeben — das Aufführungsdekret. Mit einer regelrechten Prügelei wurde darauf das Abgeordnetenhaus geschlossen. So hat diese Aktion der nationalen Verkündigung wieder ein unheilvolles Ende erreicht.

zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei.

Die türkisch-bulgarischen Konflikte hat Ausland einen Vermittlungsvorschlag gemacht, durch den die türkische Kriegsschuld an Bulgarien, sowie die Schuld, die Bulgarien gegenüber der Türkei übernimmt, durch Ausland aufgerechnet werden sollten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Bulgarien dabei auch die Nebenabsicht hat, seinen Einfluß auf Bulgarien und die Türkei zu stärken. Andererseits ist der Vorschlag für beide Staaten günstig. Frankreich, England und Italien haben den Vorschlag gutgeheißen. Nunmehr hat sich auch Oesterreich-Ungarn angeschlossen in der Erkenntnis, daß ein gegenseitiger Rat zurückgewiesen würde. Auch Deutschland wird nun seinem Verbündeten folgen. Die österreichische Balkanpolitik erhebt dadurch allerdings einen Stoß; aber um des Friedens willen geben Deutschland und Oesterreich nach. In der „Süd. Zig.“ wird die Angelegenheit wie folgt dargestellt:

Zu dem türkisch-bulgarischen Konflikt hat Ausland einen Vermittlungsvorschlag gemacht, durch den die türkische Kriegsschuld an Bulgarien, sowie die Schuld, die Bulgarien gegenüber der Türkei übernimmt, durch Ausland aufgerechnet werden sollten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Bulgarien dabei auch die Nebenabsicht hat, seinen Einfluß auf Bulgarien und die Türkei zu stärken. Andererseits ist der Vorschlag für beide Staaten günstig. Frankreich, England und Italien haben den Vorschlag gutgeheißen. Nunmehr hat sich auch Oesterreich-Ungarn angeschlossen in der Erkenntnis, daß ein gegenseitiger Rat zurückgewiesen würde. Auch Deutschland wird nun seinem Verbündeten folgen. Die österreichische Balkanpolitik erhebt dadurch allerdings einen Stoß; aber um des Friedens willen geben Deutschland und Oesterreich nach. In der „Süd. Zig.“ wird die Angelegenheit wie folgt dargestellt:

Die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich soll, wie das „Berliner Tageblatt“ wissen will, in der Begründung eines deutsch-französischen Syndikats zur Verwertung von Mineralquellen in Marokko praktischen Ausdruck finden. An dem Syndikat sollen sich von deutscher Seite Krupp, von französischer Schneider-Creusot beteiligen. Der Sitz des Syndikats wäre Paris. Auch die Gründung einer internationalen Handels- und Zerraingesellschaft für Langer sei geplant. Diese Gründungen seien zwar privater Natur, würden von den betreffenden Regierungen aber geneigt werden. Ein heftiger Aufstand in der französischen Kolonie Chandermayor (Vorderindien), wo der früher in Kalkutta erscheinende „Indagator“ fortgesetzt zur Ermordung hoher Beamten ansetzt, gibt den indischen Zeitungen zu besonderen Bemerkungen Veranlassung. Die Zeitung „Englishman“ sagt die Hoffnung, daß die englisch-französische Entente sich erst in ein gegenseitiges Bündnis umwandeln möge, dürfte sich nicht verwirklichen, so lange Apostel der Anarchie und des Auftrubs von französischem Bestium aus die englische Autorität in Indien untergraben.

Deutscher Reichstag.

(199. Sitzung.)
 Hd. Berlin, 5. Febr. 1909.
 Beginn der Sitzung 1 Uhr.
 Eingegangen ist ein sechster Nachtragsetz. Auf der Tagesordnung stehen zunächst die allgemeinen Rechnungen im Jahre 1908 und 1904.
 Abg. Ulrich (Soz.) lenkt die Aufmerksamkeit auf die vorgekommenen Fonds-Verwechselungen. Es handle sich um objektive falsche Buchungen, die auf Etat-Verwechselungen an der einen Stelle auf Kosten der anderen hinausläufen. In einem Falle belief sich die Fonds-Verwechselung auf über 600 000 Mk., in einem anderen auf 900 000 Mk., die sich allerdings auf viele einzelne Posten verteilen. Bei der Militärverwaltung allein liegen 900 Fonds-Verwechselungen vor.

Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt, T. Weier, stimmt dem Wunsch bei, daß diese Verwechselungen künftig möglichst vermieden werden.
 Nach kurzer weiterer Debatte werden die Rechnungs-Vorlagen in zweiter Lesung für erledigt erklärt und Entlassung erteilt. Weiter steht auf der Tagesordnung die Weiterberatung der Rechnungsbücher für die Schutzgebiete pro 1904. Die Debatte war bereits neulich geschlossen worden. Abgestimmt wird zunächst über den Antrag Erzberger auf Häuberweisung an die Kommission. Der Antrag wird gegen Zentrum und Sozialdemokraten abgelehnt.
 Gemäß dem Antrage der Budgetkommission werden sodann die außerordentlichen Ausgaben und die Etat-überführungen genehmigt. Weiter den ferneren Antrag der Kommission, die nachgeschickte Indemnität für die Etatüberführungen infolge der Vorarbeiten für die Bahn Bindau-Wehobohls zu erteilen, wird namentlich abgestimmt. Die Indemnität wird mit 190 gegen 122 Stimmen beschlossen.
 Sodann wird die Beratung des Etats des Reichs-Commissars des Innern fortgesetzt. In den gestrigen mitgeteilten

12 Resolutionen ist noch eine Resolution Baffermann.

hinzugekommen betreffend Vorlegung einer Denkschrift über die Monnetten-Versicherung von Zeitungen.
 Abg. Linz (Soz. d. Rp.) hofft, daß der Staatssekretär durch eine vernünftige Mittelhandspolizei auch denjenigen Ständen helfen werde, die bisher in der Gesetzgebung etwas vernachlässigt worden seien. Mit Herrn Erzbischof wünschten seine Freunde für die kleinen Gewerbetreibenden die Ermöglichung der Selbstversicherung, ferner bessere Regelung des Submissionswesens, vermehrte Rücksichtnahme bei Vergabung von Arbeiten auf das Handwerk. Das Reichsarbeitssamt erwies ihm als eine etwas zu schmerzliche Erwähnung. Die Gesundheitsfrage habe sich erwiesen als Institution der Stärl. Frankreich, England und Italien haben den Vorschlag gutgeheißen. Nunmehr hat sich auch Oesterreich-Ungarn angeschlossen in der Erkenntnis, daß ein gegenseitiger Rat zurückgewiesen würde. Auch Deutschland wird nun seinem Verbündeten folgen. Die österreichische Balkanpolitik erhebt dadurch allerdings einen Stoß; aber um des Friedens willen geben Deutschland und Oesterreich nach. In der „Süd. Zig.“ wird die Angelegenheit wie folgt dargestellt:

Abg. Schrad (Soz. d. Rp.) empfiehlt die Resolution seiner Partei. Der nationalliberalen Resolution auf Ausbau des Handwerks stimmen wir zu. Den Handwerker müßte die Selbstversicherung ermöglicht werden. Auch die Resolution auf Einführung der Verhältniswahl bei der Krankenversicherung ist für uns annehmbar. Staatssekretär Wetmann (Soz.) erklärt: Es hat kein Bedenken, wenn jeder für sich ein so voller Strauß von Wünschen hier zusammen gebunden wird. Im Lande könne dadurch der Eindruck entstehen, als gesehe nicht genug. Die für das Handwerk laut gewordenen Wünsche teilen auch wir. Jedoch konnten für solche Zwecke neue Forderungen nicht eingeführt werden, aber wir hoffen, daß das im nächsten Jahre gegeben kann. Was die Arbeitszeit in der Schwerindustrie anlangt, so sind wir darüber noch nicht genug unterrichtet. Ein Gesetz über Arbeitszeiten-Versicherung ist in Vorbereitung. Bei Verlegung der Arbeitszeit an Sonntagen im Gewerbe wird unterschieden werden müssen zwischen Stadt und Land. Geben wir, wie ich bei uns die Tarifverträge entwickelt haben, so glaube ich, daß es einer gesetzlichen Regelung dringend nicht bedarf. Die Reichsversicherungsordnung wird noch in diesem Monat dem Bundesrat vorgelegt. Mein Vortreten geht dahin, die Arbeiter zu Wort kommen zu lassen. (Beifall.) Die drei Versicherungszweige sollten bestehen bleiben. Sie sollen nicht zusammen geschlossen werden. Aber eine gewisse einheitliche Statifikation erheben geboten. Es sei ein dieses Buch, über 1700 Paragraphen. Das Werk werde übersichtlicher sein als die bisherige Gesetzgebung mit ihren zu langen Paragraphen und zu langen Sätzen. (Beifall.) Bei der Krankenversicherung handelt es sich zunächst um die Eingliederung von Gewerbe, ländlichen Arbeiter und Hausgewerbetreibenden. Das Krankenversicherungsgesetz soll zentralisiert werden im Interesse der Leistungsfähigkeit. Die Beiträge würden höher werden. Das Verhältnis zu den Bezirken solle geregelt werden, ein bestimmtes Maß aber nicht zur Einführung kommen. Eine Rohstoffsteuer von Ackerbau sei zweifellos eine ungelagte Erscheinung. Sie seien Auswüchse des Sozialismus, die ebenso wie andere Auswüchse des Sozialismus beseitigt werden müssen. Hoffentlich werde bei der gemeinsamen Beratung ohne Streit und Vorstoß das Ziel in Frieden erreicht werden. (Beifall.)

Abg. v. G. Carlini (Soz.) spricht über den Sprachen-Paragrafen des Vereinsgesetzes und fordert Abstellung von Mißständen.

Abg. Gothein (Soz. d. Rp.): Meine Freunde erkennen an, daß die Monnetten-Versicherung der Zeitungen nicht gerade schön ist, aber wir halten es nicht für nötig, deshalb gleich zu der Klippe der Gesetzgebung zu greifen. Auch halten wir ein gesetzgeberisches Vorgehen in Bezug auf die Groß-Industrie noch nicht für an der Zeit. Wir wollen sie erst abhängig machen von den angelegentlichsten Erhebungen, weshalb wir jetzt eine Resolution eingebracht haben, die solche Erhebungen verlangt. Welche Wünsche bestehen im deutschen Bergbau. Auch da wünschen wir Erhebungen, die aber nicht zu sorgsam sein dürfen. Die sozialdemokratische Resolution wegen des Bergarbeitergesetzes enthält so viele Bestimmungen, die seinen Freunden nicht ratam erschienen und denen seine Freunde nicht beitreten könnten. Deshalb hätten sie auch eine eigene Resolution eingebracht. Mit der Verminderung der Schichtzeit auf 8 Stunden, einschließlich der Aus- und Einfahrt, seien sie einverstanden. Die Schutzbestimmungen im Bergbau müßten sich nicht nur auf die Arbeiter beziehen, sondern auch auf die Grubenbeamten Anwendung finden. Zum Schluß äußert sich Redner noch beifällig über die Zentrumsvorstellung betreffend Einfuhrschleine von Rohseisen und Halbzeug oder Ausfuhr von Produkten der reinen Walzwerke.
 Hierauf erfolgt Vertagung. Samstag 11 Uhr Fortsetzung der Beratung.
 Schluß 6¼ Uhr.

Hd. Berlin, 5. Febr. Der Senior-Moment des Reichstages sehe als freie Tage fest den 22. und 23. Febr. sowie den 13. und 15. März. Ferner wurde beschlossen, einige Schungen des Plenums erst um 2 Uhr beginnen zu lassen, damit die Kommissionen Zeit zum Arbeiten finden können. Vor Chren sollen noch zwei Schwerinstanzen stattfinden, und ferner das Weingesez noch vor Chren zur Erledigung kommen.

Deutschland.

Berlin, 4. Februar 1909.

Von Unzuverlässigkeiten in der Diplomatie sprach in der letzten Woche in der Budgetkommission des Reichstages der Abg. Erzberger und nannte dabei u. a. den Mißbrauch der Zollfreiheit. Das Auswärtige Amt mußte zugeben, daß etwas nicht stimmt. Nunmehr schreibt der frühere Legationsrat Klaffner der „Zagl. Rundschau“ u. a.: „Auch die Diplomatie hat ihre Skandale, wenn die Defensivität

auch meist nichts davon erfährt. Ich bin in meiner Tätigkeit als Diplomat noch nicht an einem einzigen Platz gewesen, an dem nicht irgend ein solcher Skandal gespielt hätte. Zwei Verlegungen sind typisch. Einmal der Mißbrauch der Zollfreiheit, die den Diplomaten zuliegt, zum Zweck der Einkommensvermehrung für den Verkauf bestimmter Waren. Dann die Verwendung amtlichen Wissens zu Spekulationen an der Börse. Bismarck tritt diese Verhältnisse in den „Gedanken und Erinnerungen“. Sie bestehen noch heute. Nun, noch nie hat man, was man von den Vertretern anderer Großmächte nicht ohne weiteres behaupten kann, einen deutschen Diplomaten dabei ertappt, daß er einem Geschäftsmann einen Artikel zum Verkauf, sagen wir z. B. zollfreie Seiden, billig geliefert, oder gar unter Decknamen einen eigenen Laden unterhalten, ebensowenig, als er zu einem Bankier in einem ungünstigen Verhältnis gestanden hätte! Das bleibt nicht unbemerkt, und das auf seiner persönlichen Stellung, wie seiner selbständigen Sonorität beruhende Ansehen des deutschen Diplomaten bringt es mit sich, daß er an einem fremden Platz mit seinen ausländischen Kollegen konkurrieren kann, auch wenn diese 40 000 Fr. unter die Leute bringen, wo er nur 20 000 ausgeben kann.“ Staatssekretär v. Schön wird jetzt erst recht darauf sehen müssen, daß er diesem Unreg entgegentritt und die zollfreie Einfuhr nur für die persönlichen Verhältnisse und Bedürfnisse der Angestellten der Mission zuläßt.

Die Frage des Notatensgesetzes wird jetzt in den maßgebenden Kreisen erwogen; denn die Kommission und das Plenum sind noch zu sehr im Rückschritt, als daß man die Hoffnung hegen könnte, man werde auf 1. April fertig werden.

Derburg gegen Trotha. In den „Berliner Neuzeit Nachr.“ veröffentlicht Generalleutnant von Trotha, der frühere Oberkommandierende in Deutsch-Südwestafrika, einen Artikel, in dem er sich heftig gegen den Staatssekretär Derburg wendet, weil dieser bei einer Besprechung der Kriegsführung Trothas diese wie folgt charakterisiert habe: „Die böse Folge einer der Eigenart des Landes vielfach nicht angepaßt gewesenen Kriegsführung.“ Generalleutnant v. Trotha sucht demgegenüber seine Kriegsführung, die bekanntlich in der Vorrichtung spielte, nichts zu schonen, weder Männer noch Weiber, zu rechtfertigen. Trotha, dessen Strategie später durch Willow desavouiert und durch Lindquist rüdigangig zu machen versucht wurde, sollte Troth sein, daß es keinen Gerichtshof gibt, der für seine Taten zuständig ist. Er sollte sich freuen, daß wenn auch seine Taten unversehrt sind und noch späteren Geschlechtern als Paradigmen kapitalistischer Kolonialbarbarei erhalten bleiben werden, doch die Verion Trothas rasch der gebührenden Vergessenheit anheimzufallen schien. Da ist es um so unbegreiflicher, daß Trotha selbst in den „Berl. Neuzeit Nachr.“ das Wort ergreift, um seine Taten zu beschönigen. Denn Trotha kann gar nicht bestreiten, daß er die Hereros unarmbar gegen die Omahese hineingetrieben hat, wo sie zu Zehntausenden — Männer, Frauen und Kinder — den Qualen des Durstes erlegen sind. Wenn er sich jetzt damit herauszureden vermag, daß die Vortreibung von der bewußten und beabsichtigten Vernichtung eines Volkstammes durch Brensen, „Peter Rohr“ herbeigerufen worden sei, so sollte ihm doch bekannt sein, daß das offizielle Generalattributionwerk über den Trotha-Keldzug ausdrücklich erzählt, daß durch eine „eiserne Abperrung“ das Werk der Vertilgung eines volkreichen Stammes „vollendet“ worden sei, das Hunger und Durst in der Omahese begannen! Die Schlacht am Waterberg fand am 11. August 1904 ihr Ende mit der Flucht der Hereros nach dem wüsten Durstgebiet des Ovens. Und noch im Dezember 1904 meldete der „Local-Anzeiger“ (das Blatt, das militärische Meldungen aus Südwest meist früher brachte, als die offiziöse „Nordd. Allg. Zig.“), daß aus der Omahese zurückfliehende Hereros, die mit Waffen in der Hand ergriffen worden seien, gehängt und halb verhungerte Frauen wieder in die Blüthe zurückgejagt worden seien! Heute aber fehlen in dieser Kolonie infolge dieser Kriegsführung die Arbeitskräfte. Zu seiner Rechtfertigung führt Trotha noch an: „Als ich im Oktober 1904 an den Reichskriegler die telegraphische Bitte richtete und mit nächster Post erläuterte, daß die Wahn-Lüderichs-Buchstee-man-shoop, die für die Klärung des Krieges im Süden nötigen Kosten bedeutend herabsetzen würde, erhielt ich lange Zeit keine Antwort und endlich eine abschneidende. Wenn ich damals nach Berlin gefahren wäre und gemeldet hätte, ich würde wieder herausgehen, wenn die Bahn gebaut sei, würde man mich in ein Parrenhaus gesperrt haben.“ Dem Reichstag hat man von dieser Forderung nie Kenntnis gegeben, sondern im Januar 1905 noch abgelehnt, daß Trotha eine solche gestellt hat.

Für Einführung des Kaffeezollens treten eine Reihe von Blättern ein und zwar soll diese Einnahme anstelle der Labaksteuer treten. Der Kaffeezoll ist in allen Staaten ein beliebter Finanzzoll. Wozu im Zolltarif von 1865 war roher Kaffee mit

5 Talern pro Zollzentner belastet worden. Im Jahre 1870 wurde der Zoll um 25 Silbergroschen pro Zollzentner erhöht. Seit dem 1. Januar 1880 kostet Kaffe 40 Mark pro Ztr. Zoll, und dieser Satz ist auch bei den späteren Zolltarifen unverändert geblieben. Anders verhält es sich mit gebranntem Kaffee. Dieser kostete ursprünglich 11 Taler Zoll; es bestand demnach zunächst für die Röster ein Schutz-zoll von 6 Talern. Dieser Schutz-zoll wurde im Jahre 1870 auf 1 ein halber Taler herabgesetzt. Im Zoll-tarife von 1880 betrug der Zollsatz wieder dadurch, daß gebrannter Kaffee mit 50 Mk. Zoll belastet war, 10 Mark. Auf Verreiben der deutschen Röstereien, die hauptsächlich in Westdeutschland domicilieren, u. a. in Bonn, Düren, Bielefeld, Köln, Mühlheim a. d. Ruhr und Emmerich wurde seit 1. März 1906 der Zollfuß der Röstereien von 10 Mk. auf 20 Mk. erhöht, so daß jetzt gebrannter Kaffee einem Gesamtzoll von 60 Mark unterliegt. Es war das hauptsächlich geschehen, um die holländische Konkurrenz der Kaffeeröstereien zu beseitigen. Seit dem Jahre 1907 besteht auch ein zollfreier Veredelungs-verkehr in Kaffee und zwar werden für jede ausgeführte 100 Kilogramm geösteten Kaffee 120 Kilogramm roher Kaffee zollfrei eingelassen. Was die Antragssteller der Forderung eines erhöhten Zolles auf Kaffee veranlaßt, sind wohl in erster Linie die sehr niedrigen Preise für Kaffee. Denn während früher der Preis des Kaffee zwischen 1 Mark pro 1/2 Kilogr. und 60 Pfg. schwankte, bewegte sich seit 1897 der Preis für Kaffee ständig innerhalb der Grenzen von 24 bis 45 Pfg. Noch im Jahre 1894 war ein Preis von 85 Pfg. zu verzeichnen. Wenn also ein Mehrgewinn von 10 Pfg. pro 1/2 Kilogr. erhoben werden würde, so bräuhete dadurch Kaffee noch nicht auf dem Niveau zu stehen, das er in den Jahren 1886 bis 1895 inne hatte. Aber es darf nicht vergessen werden, daß der niedrige Preis der letzten Jahre nur durch die brasilianische Ueberproduktion hervorgerufen worden ist und daß bei mehreren Welternten in wichtigen Erzeugungsländern, der Preis wahrscheinlich wieder das frühere Niveau erreichen wird. Die Handelsverträge binden uns nicht, den Zoll in die Höhe zu setzen; denn das Hauptland für Kaffee-Einfuhr, Brasilien, hat gar keinen Vertrag mit uns abgeschlossen. Wohl aber ist allen Erntes zu prüfen, ob unsere Ausfuhr dorthin nicht leidet, wenn wir den Zoll erhöhen. Eine neue Einnahmequelle muß sich nicht nur finanziell bewähren, sondern auch wirtschaftlich, d. h. sie darf dem Wirtschaftsleben keine Wunden schlagen, so daß am Ende der Schäden höher, als die gesamte Zinseinnahme, wie es z. B. bei der Einkommensteuer, der Ineratensteuer, der Elektrizitätssteuer und der Tabaksteuer der Fall sein würde.

Der Gesamtzoll der deutschen Schutzgebiete

	1906	1907
einfach. Regierungsgüter in Südwestafrika	183 000	129 906
ohne Regierungsgüter in Südwestafrika	120 736	123 591

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Die Sprachengesetzgebung begründete Ministerpräsident Wienert im österreichischen Abgeordnetenhaus, indem er u. a. ausführte: „Wir stehen an einem überaus ernstem Wendepunkt. Es muß sich zeigen, ob der nationale Geist in Böhmen sich wie eine ewige Kranke fortzuschleppen soll, oder ob wir seiner wenigstens soweit Herr werden können, daß eine ungehörige Verwaltung und ein dauerndes erpressliches Zusammenarbeiten der Parteien ermöglicht wird. In der Ueberzeugung, daß nur ein Gesetz den Frieden bringen kann, ruft die Regierung die Gesetzgebung als unauferstehlichen Schiedsrichter auf, indem sie zunächst eine Begrenzung des Streitgebietes beabsichtigt, das zugleich das Alerdingsteht beansprucht, das zugleich das Alerreichste ist. Die Vorlagen der Regierung bilden folgende: Die Bilanz der bisherigen nationalen Kämpfe in Böhmen, beruhen auf dem Gesamtergebnis der bisherigen Annäherungsversuche zwischen den nationalen Parteien. Die durch die Gesetze angeordnete Regelung wird unter allen Umständen besser sein als die bisherige Regellostigkeit. Wir brauchen heute mehr denn je eine Zusammenfassung aller erhaltenden und schaffenden Kräfte im Parlament, die am sichersten erreichbar werden würde durch eine unmittelbare Mitwirkung der Parteien an der Regierung.“

Während der Einleitungsrede des Ministerpräsidenten Wienert, der bei seinem Erscheinen von den tschechisch-radikalen mit Rufen: „Abzug Wienert!“ empfangen wurde, verübten die tschechisch-radikalen durch Schreien und Weiseln unaufrichtigem Kärm. Cioce läutete fortgesetzt auf einer Hochradglocke und Rih setzte eine Saramme in Bewegung. Die Christlichsozialen nahmen die Rede mit Beifallskundgebungen auf. Der Ministerpräsident wurde schließlich von vielen Seiten begrüßt. Ein Antrag auf Eröffnung der Debatte über die Regierungserklärung wurde einstimmig angenommen.

Die tschechisch-radikalen setzten auch in den folgenden Sitzungen den Kärm fort. Von der gestrigen Sitzung wird aus Wien gemeldet: Gleich zu Beginn der heutigen Sitzung im Abgeordnetenhaus, als das Ministerium im Saale erschien, inszenierten die tschechischen einen beispiellosen Skandal. Der Ministerpräsident hörte eine Weile ruhig zu, dann griff er in die Tasche und übergab dem Präsidenten ein Aktenstück. Dieser verlas das Dokument und es ergab sich, daß die Session des Abgeordnetenhauses geschlossen war. Hierauf verließ der Ministerpräsident sofort den Saal. Es kam zu einer regelrechten Prügelei, in der einigen tschechischen Abgeordneten die Kleider zerrissen wurden. Man sprang über die Bänke und drang auf einander ein. Es dauerte ziemlich lange, bis sich der Lärm gelöst hatte und die Abgeordneten den Saal verließen.

Die Spektakelzüge in österreichischen Abgeordnetenhaus am 3. d. M. perijiziert die Wiener Reichspost also:

„So schlechte böhmische Musikanten hat man schon lange nicht gehört, wie heute im österreichischen Abgeordnetenhaus. Eine Polka, zwei Streifenpfeifen, vier Theaterregenschirmen, ein Weibchen und ein paar Viehstößen als Schmuckel geben zusammen keinen guten Klang, schon gar nicht dann, wenn die Musikanten, die diese Instrumente bearbeiten, erwachsene Leute, außerdem noch Abgeordnete und angehende nationale Helden ihres Volkes sind, am allergeringsten aber, wenn mit diesen Spektakelzügen ein parlamentarischer Akt wie die nationale Auseinandersetzung für Böhmen niedergelacht werden soll, dessen Schwereffekte alle unabhängigen Bürger schmerzlich empfinden.“

Die Prägelei, mit der die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses schloß, war wohl die widerwärtigste Szene, die das österreichische Parlament bisher erlebt hat.

Den Mittelpunkt der tschechisch-radikalen Abgeordnete Spacet, der zu Boden gestürzt wurde. Ein Dutzend Hände hielten an seinen Schädels ein. Es bogelte Obrisien, Fuhrtritte und Humpenstöße. Der Abgeordnete Udergal wurde in den Daumen gedrückt. Die Nacht am Rhein, die österreichische Nationalhymne und die Arbeiter-Marseillaise tönten durcheinander.

Nach der Schließung des Abgeordnetenhauses.

Gestern nachmittag begaben sich die Vertreter der deutschen Parteien, denen sich auch viele der Christlich-Sozialen angeschlossen hatten, zum Ministerpräsidenten zwecks einer gemeinsamen Einwirkung zugunsten der Deutschen in Prag. Baron Wienert wurde darauf aufmerksam gemacht, daß bei der herrschenden Aufregung Kravalle in Prag sehr wahrscheinlich seien. Der Ministerpräsident erklärte, die Regierung sei sich ihrer Pflicht voll bewußt. Es würden alle Vorkehrungen getroffen werden, um die Deutschen in Prag vor etwaigen Ausschreitungen zu schützen. Die Regierung würde gegebenenfalls auch vor den ernstesten Maßnahmen nicht zurückzucken.

Italien.

Zur italienischen Reichsversammlung am 5. d. M. gemeldet: Der gestrige Ministerrat sollte keinerlei Beschlüsse über die parlamentarische Situation. Der Ministerpräsident überließ dem Kabinetschef die Lösung der Frage. Ein amtliches Communiqué soll veröffentlicht werden, sobald Giolitti mit dem König Rücksprache genommen hat.

Wie der „Matin“ aus Rom meldet, geht der Entschluß Giolittis dahin, die Neuwahlen möglichst schnell vorzunehmen, ohne vorher die Kammer wieder einzuberufen. Dadurch wird jede unangenehme parlamentarische Debatte vermieden werden. — Dem „Matin“ zufolge dürfte bei einer etwaigen Demission Tittonis der italienische Vorkämpfer in Paris, Graf Galliena, sein Nachfolger werden.

Türkei.

Im türkischen Parlament fand am 4. d. M. die erste Scheidung zwischen Liberalen und Antiliberalen statt. Ein Jungtürke protestierte über die Streitigkeiten in der griechischen und bulgarischen Kirche und gebrauchte dabei triviale Wendungen. Die mohamedanischen Geistlichen, die Griechen, Armenier und Juden verhielten ihm, weiter zu reden. Er wurde vom Präsidenten mit der schärfsten Zensur bestraft. (Wäre auch anderwärts schon am Plage gewesen!)

Auch die Türkei sieht sich vor. Der Kriegsminister verweigerte die schleunige Herbeiführung der strategischen Eisenbahn Mirdali-Moosito. Divisionsgeneral Nazim Raisha, Kommandeur des zweiten Armeekorps, ist dieserhalb bereits aus Adrianopel nach Moosito abgereist.

kleines Feuilleton.

Oberammergauer Passionspiele. Die Oberammergauer bereiten sich jetzt allmählich auf die Festspiele im Jahre 1910 vor. Der Bürgermeister hat dieser Tage in der Gemeindeversammlung daran erinnert, daß sich die männlichen Bewohner nun wieder die Haare wachsen lassen müßten. Die Festlegung der Spielzeit für die nächstjährigen Passionspiele erfolgte in nachfolgender Weise:

- Mai: 11., 16., 22., 29.
- Juni: 5., 12., 19., 24., 26., 29.
- Juli: 3., 10., 17., 20., 24., 27., 31.
- August: 3., 7., 10., 14., 17., 21., 24., 28., 31.
- September: 4., 8., 11., 18., 25.

Balkanstaaten.

Der Kriegserklärung in Bulgarien. Aus allen Teilen und Provinzen kommen Telegramme über patriotische Kundgebungen, in denen die Regierung aufgefordert wird, mutig auszuhalten und der Kraft des Volkes zu vertrauen, das zu jedem Opfer für die Unabhängigkeit Bulgariens bereit ist. — Wie aus Bukarest gemeldet wird, passierte gestern eine große Menge Kriegsmaterial Rumänien auf dem Wege von Oesterreich nach Bulgarien, darunter 3 Waggons mit 20 000 Kilogramm Dynamit und 4 Waggons mit 200 Kisten Bomben. Die Sendungen wurden sofort nach der kirchlichen Grenze transportiert.

Frankreich.

Frankreich sucht sich Italien durch Wohlthaten zu verpflichten. Die französische Regierung verlangt in einem Geleitvertrag, nachdem bereits eine Million bewilligt wurde, abermals eine Million Franken für Süd-Italien als „Zeichen inniger Freundschaft“.

Spanien.

Der Wiederaufbau der spanischen Flotte durch eine englische Gesellschaft. Das Amtblatt veröffentlicht ein Dekret, wodurch die englische Gesellschaft, deren Vorschläge für die Wiederaufbau der Flotte angenommen worden sind, ersucht wird, mitzuteilen, ob sie sich verpflichtet, die verlangte Aenderung des Kontraktes vorzunehmen. Diese Aenderung besteht u. a. in einer Erhöhung der Geschwindigkeit, der Verstärkung der Panzerung, der Konsolidierung der Treibendmaschin sowie in einer Aenderung der mittleren und leichteren Geschütze. Das Dekret stellt fest, daß die zehn ersten Turbopropeller Turbinen und die französischen Kessel den Vorkauf haben müßten.

Rußland.

Der verhaftete Polizeichef Repudin gefand, seit 1902 der Geheimagent der revolutionären sozialistischen Partei Rußlands gewesen zu sein. Seine Freilassung gegen Kaution wurde abgelehnt, obwohl diese auch von dem ihm verwandten Fürsten Dolensky angeboten wurde, dem ehemaligen Professor des hl. Synods.

Die Verhaftung Repudins hat auf den Zaren einen tiefen Eindruck gemacht. Er äußerte zu seiner nächsten Umgebung: Auf wen kann ich mich nun eigentlich noch verlassen? Auf Befehl des Zaren soll eine Spezialkommission ernannt werden, an deren Spitze ein Flügeladjutant steht, zwecks gründlicher Untersuchung der Affäre Repudin-Rosen.

Baden.

Karlruhe, 6. Februar 1909

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädig bewegen gelassen, dem Fortwärt Johann Georg Kopp II in Sandhausen die silberne Verdienstmedaille zu verleihen und dem vortragenden Rat im Auswärtigen Amt, Geheimen Legationsrat und Kammerherrn Dr. Rudolf Goebl von Harrant die untertänigst nachgelagerte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen königlichen Preussischen Kronen-Ordens zweiter Klasse zu erteilen.

Mit Entschuldigung des Groß. Ministeriums des Innern wurde Resident G. K. K. beile dem Bezirksamt Staufen dem Bezirksamt Baden zur Ausfertigung zugewiesen.

Neue Partei-Konstellationen?

Die Deutsch-Sozialen haben beschlossen, in den Wahlkampf von 1909 einzutreten und sich auf denselben zu stützen. In nicht so ferner Vergangenheit konnten sie auf ziemlich starken Anhang im Lande rechnen. Wie es jetzt damit bestellt ist, läßt sich nicht wohl sagen. Eine besondere Macht werden sie vorerst kaum darstellen, insofern könnte man doch sehr feil gehen, wenn man ihnen von vornherein alle Bedeutung absprechen wollte. Umgekehrt wichtiger ist das, was sich im Lager des Großblocks von 1905 nun gestalten zu wollen scheint. Die Linksliberalen sind nämlich in Verlegenheit. Was Odricher ihnen zumutet, ist für sie kaum annehmbar. Rechnen sie es gleichwohl an, so begeben sie sich in eine viel größere Abhängigkeit von den Nationalliberalen als 1905. Außerdem riskieren sie den Verlust freundschaftlicher Beziehungen zur Sozialdemokratie.

Rechnen sie es nicht an, so bleibt ihnen allerdings der Weg offen, mit der Sozialdemokratie ein Bündnis zu schließen. Wenn aber diese sich nicht zu gegenseitiger Hilfeleistung schon im ersten Wahlgang herbeilassen, könnte es der Demokratie und dem Freizinnigen schaden, daß sie nur ausnahmsweise in den zweiten Wahlgang kämen.

Allen auch die Nationalliberalen setzen sehr viel auf das Spiel, wenn sie ohne Rückhalt an Bundesgenossen und durch solche Verhältnisse in den Wahlkampf ziehen. Sie werden nicht umsonst darauf zählen, daß ihnen auch ohne Bündnis von Linksliberalen viel von Sozialdemokraten gegen das Zentrum gedolten wird. Da es aber auch mit der Geschlossenheit gemeint, wie es zum siegreichen Erfolge notwendig ist, dürfte doch fraglich erscheinen.

Eine Beschwörung der Linksliberalen.

Den sozialdemokratischen Herrschern wird es schwill. Sie fürchten, daß es Odricher gelingt, auch die Linksliberalen in die Absehwendung nach rechts hineinzuziehen und daß dann sie selbst ganz isoliert werden könnten. Der „Volkfreund“ schreibt in Nr. 29 von den Nationalliberalen unter Odricher's Führung: „Es handelt sich für sie nur noch darum, das Hindernis für den Anbruch nach rechts zu beseitigen. Dieses Hindernis ist eben der „Eindendall“ vom Jahre 1905. Geht es, die Sozialdemokratie wieder zu isolieren, und das ist nur möglich, wenn die Linksliberalen in die von den Nationalliberalen am letzten Sonntag gestellte Kaufstraße hineingehen, dann — so kalkulieren die von Odricher — haben die Nationalliberalen gewonnenes Spiel.“

Von der „Kaufstraße“, in welche die Linksliberalen „hineingehen“ sollen, sagt er Eingang des bezüglichen Artikels: „Die Bedingungen, unter welchen den Freizinnigen der Anbruch an den Block ermöglicht werden soll, bedeutet nichts mehr und nichts weniger als eine harte Herausforderung der Sozialdemokratie, für welche die Linksliberalen die politische und moralische Verantwortung übernehmen sollen.“

Die „harte Herausforderung der Sozialdemokratie“ liegt darin, daß den Linksliberalen freizinniger Richtung Wahlbezirke angeboten werden, welche zum bisherigen Besitze der Sozialdemokratie gehören.

Im weiteren Verlaufe des Artikels wird gesagt: „Odricher feuert zielbewußt nach rechts; er folgt den Spuren, die der Minister des Innern, Freiherr von Bodenmann, auf dem letzten Landtag vorgezeichnet hat und deren Weg zu einem Bündnis mit den Konservativen und Bauernbündlern führen soll, den Linksliberalen ist dabei die Rolle der politischen Randbedeutung zugedacht.“

Und schließlich wird von dem, was seitens der Nationalliberalen den Linksliberalen angeboten wurde, gesagt: „Das sind keine bitteren Willen mehr, das ist eine blühende Verheißung des Freizinn und der Demokratie, das heißt nichts anderes als: „Früh Vogel oder früh!“

Diese Broden dürften genügen, um den Beweis dafür zu erbringen, daß die Linksliberalen beschworen werden. Natürlich ist der „Volkfreund“ und sein Redakteur Koll nicht für die eigene Partei besorgt, sondern lediglich für die Demokratie und Freizinnigen. Deren Schicksal geht ihm zu Herzen. Für die eigene Partei hat er nicht die geringste Sorge. So wenigstens sagt das Blatt, und was es sagt, ist immer wahr. Er versteht allen Ernstes: „Wir sind auf alles vorbereitet. Ein Kampf der vereinigten bürgerlichen Parteien wäre — von rein parteipolitischen Standpunkt aus betrachtet — für die Sozialdemokratie nichts weniger als ein Unglück.“

Die tatsächlich vorliegenden Verhältnisse erleichtern es dem Blatte, eine solche Sprache zu führen. Es ist ja leider nicht daran zu denken, daß es zu einem Kampfe der vereinigten bürgerlichen Parteien wider die Sozialdemokratie kommen wird — wenigstens einseitigen. Wenn es aber dazu käme und alle bürgerlichen Parteien geschlossen und vollständig anmarschieren würden, dann wäre es gar nicht unmöglich, den Mandatsbesitz der Sozialdemokratie bis auf einen ganz kleinen Teil ihr zu entreißen.

Wenn die Linksliberalen sich unter das Joch beugen welches ihnen die Nationalliberalen auferlegen wollen dann können sie sicherlich in eine schlimme Abhängigkeit sehr wahrscheinlich wird ihnen das nicht entgegen Vermutlich werden sie sich aber auch fragen, ob die Abhängigkeit von der Sozialdemokratie nicht noch viel schmerzlicher und unerträglicher wäre.

Und der „Volkfreund“ und sein Chefredakteur Koll glauben daran, daß Odricher auf die Hilfe der Sozialdemokratie im zweiten Wahlgang rechnen, mögen die Blockverhältnisse sich gehalten wie immer sie wollen. Sollte es nicht zum Block kommen, so wird er diese Hoffnung natürlich auf die Fälle beschränken, in welchen es sich um Nationalliberalen oder Zentrum und Konservativen handelt. Der „Volkfreund“ glaubt dazu besteuern zu können:

„Odricher und seine Hintermänner haben dabei nur vergessen, daß die Sozialdemokratie sich von solchen politischen „Strategen“ nicht überreden läßt. ... Soweit die Sozialdemokratie in Betracht kommt, nimmt also die Odricher-Blockansicht Rechnung keinesfalls.“

Dafür müßten wir die Gewähr nicht übernehmen. Selbst wenn der „Volkfreund“ noch am Tag vor der Wahl es versichert, wäre nach unserer Ueberzeugung kein Verlaß darauf. Sollten wir vom Zentrum in diesem und jenem Bezirke den Nationalliberalen weit voraus sein, aber in sichere Ueberheit geraten, falls die Sozialdemokraten sich zu den Nationalliberalen schlagen, so geben wir solche Wahlbezirke schon jetzt verloren. Auch Koll selbst würde nach unserer Ueberzeugung durch eigene Stimmgabe den nationalliberalen Sieg herbeiführen suchen, wenn ihm Gelegenheit dazu geboten würde.

Der „Volkfreund“ spricht auch von der möglichen oder wahrscheinlichen Gallung des Zentrums, indem er bemerkt: „Bleibt es auch das Zentrum so nobel und blüht in Karlsruhe IV. und in einigen andern südtürkischen Wahlkreisen den liberalen Block über die größten Werten hinweg.“

Derzeitige Blase sind ja auch schon in Vorbereitung und das Zentrum zeigt sich nicht gerade prinzipiell abgeneigt. Karlsruhe IV als Bezirk, in welchem Koll gewählt wurde, ist natürlich wichtiger als alles andere zusammen. Da „berartige Blase“ irgendwo sonst, in Vorbereitung sind“, können wir nicht wissen. Beim Zentrum denkt niemand daran, für Kandidaten eines „liberalen Block“ gibt es sicher keine Zentrumstimmen.

Das Wort von dem „nicht prinzipiell abgeneigt“ ist Koll'sche Erfindung.

Sie wollen den Freizinnigen Mut machen.

Karlruhe, 5. Febr. Wie die „Bad. Landeszeitung“ mitteilt, erklärten die Vertreter von Vörsch-Stadt am Sonntag im engeren Ausschusse, daß sie, falls das Blockabkommen geschlossen wird, den Freizinn in Vörsch-Stadt loyal unterstützen würden und ihm auch zweifellos zum Sieg verhelfen könnten.

Das ist nun so zu verstehen, daß die Nationalliberalen wünschen, die Freizinnigen möchten sich den Bedingungen der Nationalliberalen fügen. Worauf sich die Behauptung stützt, daß die Nationalliberalen in Vörsch-Stadt den Freizinnigen zweifellos zum Sieg verhelfen könnten, wissen wir nicht. Auf die Wahlbezirke stützt sie sich jedoch nicht. Im Jahre 1905 wurden für die vereinigten Liberalen 838 (420 Proz.) Stimmen abgegeben, für die Sozialdemokraten 757 (38,0 Proz.), für das Zentrum 308 (20 Proz.). Bei der Reichstagswahl 1905 hatten die Sozialdemokraten allein einige Stimmen mehr als Freizinnige und Nationalliberalen zusammen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Sozialdemokraten seit 1905 in Vörsch zurückgegangen sind; andererseits hat in den vergangenen Jahren Vörsch die merkwürdigsten Parteikonstellationen gesehen; sogar Zentrum, Nationalliberalen und Sozialdemokraten sind in den Gemeindevahlen schon gegen die Freizinnigen gestanden. Das hat die Begeisterung und den Wahleifer im bürgerlichen Lager für den Fall, daß es sich um die Wahl eines freizinnigen Landtagskandidaten handelte, sicher nicht gefördert; es ist im Gegenteil in Hinblick darauf eine gewisse Wahlfäulnis bei den liberalen Wählern zu erwarten. Daß dieser Umstand durch die Streitereien zwischen Nationalliberalen und Freizinnigen um Vörsch-Stadt nicht weggeschafft, sondern nur schimmer geworden ist, das ist nicht zweifelhaft; sind doch die Streitereien in Vörsch-Stadt von den Freizinnigen stets dem Einfluß der nationalliberalen Führer in Vörsch-Stadt zuzuschreiben worden.

Wenn daher die nationalliberalen Vertreter von Vörsch-Stadt den Freizinnigen versprechen zu können glauben, sie würden ihnen „zweifellos“ zum Sieg verhelfen, so ist das ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse gesagt, sondern nur in dem Wunsche, die Freizinnigen für den Block zu gewinnen unter den von den Nationalliberalen gebotenen Bedingungen. Daß die nationalliberalen Unterstützung allein den Freizinnigen zum Sieg verhilft, ist geradezu ausgeschlossen.

Er entfaltet „sein Talent sondergleichen“ weiter.

Eine sozialdemokratische Konferenz für das Gebiet des Reichstagswahlkreises Karlsruhe - Forstheim - Göttingen - Bensbach förderte verächtliches zutage, was über die sozialdemokratischen Kreise hinaus von Interesse ist. In

Auch beim Nachfüllen

Das echte MAGGI übertrifft alle Nachahmungen, man lasse sich deshalb nichts anderes aufreden.

verlange man ausdrücklich

echte **MAGGI-Würze** mit dem Kreuzstern



man achte darauf, dass die Würze aus der grossen Original-MAGGI-Flasche gefüllt wird; denn in diesen Flaschen darf gesetzlich nichts anderes als echte MAGGI-Würze teilgehalten werden.

MAGGI's gute, sparsame Küche

Gothaer Feuerversicherungsbank auf Gegenseitigkeit.

Zum Jahre 1921 eröffnet.
Nach dem Rechnungsabschluss der Bank für das Jahr 1908 beträgt der zur Verteilung kommende Ueberschuss:

73 Prozent

der eingezahlten Prämien.
Die Mitglieder empfangen ihren Ueberschuss-Anteil beim nächsten Ablauf der Versicherung oder des Versicherungsjahres durch Anrechnung auf die neue Prämie, in den im § 11 der Satzung bezeichneten Ausnahmefällen aber bar durch die unterzeichneten Agenturen:
Karlsruhe: **Richard Graebener**, Waldstrasse 41. Fernsprecher 1242.
Eggenstein: **Leopold Striby**, Versicherungs-Geometer.

Gewerbe- u. Vorschussbank

Karlsruhe, Zirkel 30,

bewilligt Darlehen auf bestimmte Zeit gegen Personalbürgschaft oder Hinterlegung von Wertpapieren,
gewährt Kredite in laufender Rechnung (Konto-Korrent),
vermittelt Bankkredite und Hypotheken,
diskontiert Wechsel,
besorgt den An- und Verkauf von soliden Wertpapieren,
nimmt Bareinlagen sowohl auf Konto-Korrent (Scheckverkehr) als auch auf Einlagebücher an.

Technischer Verein Karlsruhe.

Zweigverein des Bad. und Deutschen Technikerverbandes.

Am Dienstag, den 9. Februar, abends 7/8 Uhr, findet im Saal III Schreyer, Waldstrasse 16/18, ein grosser öffentlicher Vortrag statt.
Referent: Herr Architekt **H. Kaufmann**, Berlin, Oberbeamter des deutschen Technikerverbandes,
Ueber: „Die Sozialpolitik des Reichstages für die deutschen Techniker“.
Wir bitten alle Kollegen und Interessenten dringend um ihr Erscheinen.
Freier Eintritt. Freie Diskussion. Der Vorstand.

Marianischer Mädchenschule Karlsruhe.

Herrschaften und Prinzipale finden jederzeit solides, zuverlässiges Personal, sowie Stellenfuchende jeder Branche gute Stellen in unserem Bureau, Sofienstrasse 19, St. Elisabethshaus, Telefon 744.
Das Elisabethshaus bietet alleinlebenden Fräulein Wohnung und Kost zu mässigen Preisen. Der Vorstand.

Natureine
Markgräfler und Kaiserstühler Weine
offertert billigt **Mathias Niebel**, Freiburg i. Breisgau.
Verordneter Weineinlieferant.

Sparsame Frauen
stricken nur Sternwolle
Orangefarn } Stern-
Blaufarn } wolle!
Rottfarn }
Violettarn }
Grünfarn }
Braunfarn }
ent nur mit diesen Sternfarntönen der Norddeutschen Wollkammer und Kammerarschweizer in Baden e. B. In haben in den meisten Geschäften, wo nicht erhältlich, weist die Fabrik Geschäfts- u. Handlungs nach.

Gebrüder Wissler
Spezial-Magazin
für Küche und Haus.
Kaiserstr. 237. Telef. 1354.

Glas, Porzellan, Haus- u. Küchengeräte.
Spezialität:
compl. Kücheneinrichtungen.
Aufstellung gratis u. franko.

Café Kailer-Restaurant

Ecke Kaiser- und Kronenstrasse.

Morgen Sonntag 1/4-7 Uhr und 8-12 Uhr

Künstler-Konzert

der beliebten Ungarischen Magnetten-Kapelle Perci.

Eintritt frei. **Heinrich Rein.**

Bühlers Weinstube,

Ruisenstrasse 14.

Heute Schlachttag,

wozu höflichst einladet **Bühler.**

Hof-Möbelfabrik mit Maschinenbetrieb

J. L. Distelhorst

Karlsruhe i. B.
Waldstrasse 28, 30, 32.

Ständiges Lager von über
150 Zimmer-Einrichtungen
in allen Preislagen und jeder Stilart.

Eigene Fabrikation.
Daher jedem Wunsche inbezug auf Form und Machart zu entsprechen.

Spezial-Abteilung
für **Stoffe, Teppiche, Gardinen**
in- und ausländischen Ursprungs.

Beachtenswert!

Moderne Wohnungs-Einrichtung

(Entw. Professor Bruno Paul)

bestehend aus
1 Eiche Wohnzimmer
1 „ Speisezimmer
1 Mahg. Schlafzimmer } **Gesamtpreis Mk. 2410**

deren Besichtigung ich Interessenten ergebenst empfehlen möchte.

Meine Ausstellungsräume umfassen 2500 qm Bodenfläche.

Franko-Lieferung. Absolute Garantie.

Katholischer Männerverein der Oststadt.

Sonntag, den 7. Februar, abends pünktlich 7/8 Uhr beginnend, in den Sälen der Gesellschaft Eintracht, Karlsruhstrasse 16/18.

Humoristische Aufführung

mit daran anschließendem Tanz.
Hierzu laden wir die verehrlichen Mitglieder nebst erwachsenen Angehörigen ergebenst ein.

Konfirmierung sehr erwünscht. Kartenskappe obligatorisch und am Saaleingang gegen Entrichtung des Eintrittsgeldes von 20 Pf. erhältlich.
Für ungemütliche Frivolität garantiert. Der Vorstand.

Katholischer Männerverein der Weststadt.

Am Sonntag, den 14. Februar, abends 7 Uhr beginnend, (Saal 2) eröffnend 7/8 Uhr

Humoristische Familienunterhaltung

mit daran anschließendem Tanz, im Konzerthaus des Kühnen Krug.
Hierzu laden wir unsere geehrten Mitglieder nebst erwachsenen Angehörigen ergebenst ein.

Konfirmierung sehr erwünscht.
Eintrittspreis: für Mitglieder gegen Vorzeigen des ihnen zugehörigen Programmes 30 Pf.; für Nichtmitglieder 50 Pf. Der Vorstand.

Persil
das beste existierende Waschmittel, dessen enorme Wasch- und Bleichkraft das höchste Entzücken der Hausfrauen hervorruft. Weil seine wunderbare Wirkung scheinbar unerklärlich, fürchten manche Hausfrauen, daß Persil der Wäsche schädlich sei, aber viele Tausende von Hausfrauen haben sich durch fortgesetzten Gebrauch von der absoluten Unschädlichkeit dieses einzig dastehenden Waschmittels überzeugt und sind sogar zu der Einsicht gekommen, daß Persil die Wäsche schont. Überzeugen Sie sich gleichfalls!

Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Co., Düsseldorf
auch der weltbekanntesten Henkels Bleich-Soda.

Bruchleidende!

Die größte Erleichterung bei vollständiger Siderheit bietet mein Tag und Nacht tragbares, vielfach von Ärzten empfohlenes **Bruchband „Gebrauchem“ ohne Feder**. Zahlreiche Zeugnisse. Leibs- und Beckenbrüche, Geradenhalter, Gummi-Strümpfe, Federbruchbänder von 3 Mark an. Bestellungen nach Muster werden entgegengenommen in

Karlsruhe, Dienstag, den 9. Februar, 9-4, Hotel Alte Post.

L. Vogtsch, Stuttgart, Schwabstr. 38 a.

Bitte genau auf meine Firma zu achten.

Beicht- und Kommunion-Zettel

mit Ordnamen und sacramentalen Sprüchen
mit Ordnamen und Jahreszahl auf blauem Papier M. 2.50,

„ „ „ „ „ weissem „ „ 2.50,

ohne „ „ „ „ „ „ 1.80,

ohne „ „ „ „ „ „ 1.20,
für 1000 Stück liefert schnellstens „ 1.20,

„Badenia“, Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei, Karlsruhe, Adlerstrasse 42.

Katholischer Jugendverein Weststadt.

Sonntag, 7. Februar, im Gesellschaftsaal nachmittags 5 Uhr nochmals

Choreraufführung.

Der Erfinder.
Aufspiel in 3 Aufzügen von Piefer.

Heute mir, morgen dir.
Aufspiel in 2 Aufzügen von Bedt.

I. Pl. 1. 4, II. Pl. 60, III. Pl. 30.

Daran anschließend Festnachfeier mit anschließendem Programm.

Der Vorstand.

Kleider

werden gefertigt von M. 1.60, Kinderkleidchen von M. 1.50 an, 65 Schützenstrasse 65, I.

Jeder katholischen Familie zum Abonnement bestens empfohlen die

instr. belletristische Zeitschrift



35. Jahrgang, Okt 1908 bis Okt 1909.

Monatlich 2 Hefen à 30 Pf.

Preis des kompletten Jahrgangs 7 Mk. 20 Pf.

Jedes Heftamt und jede Buchhandlung nimmt Bestellungen entgegen.

Zu beziehen durch die literarische Anstalt in Freiburg i. Br. und die Heberische Buchhandlung in Karlsruhe, Herrenstr. 34.

Seit 9 Jahren erschienen.

Bar Geld

verleiht an Jedermann zu kulantesten Bedingungen anerkannt reell, diskret u. schnell. Ratenrückzahlung. Provision v. arl. an. Glänzende Dankschreiben. C. Gräßler, Berlin W. 8, Friedrichstr. 190.

Ladnerin-Gesucht.

Für ein hiesiges, größeres Kolonialwarengeschäft wird auf 1. März eine tüchtige, erfahrene Ladnerin gesucht.

Nur solche, welche in der Branche bekannt sind und etwas Kautions stellen können, wollen ihr Angebot unter Nr. 373 an die Geschäftsstelle dieses Blattes abgeben.

Penf., katholischer, alleinlebender Lehrer sucht gesunde, freundliche Wohnung von 2-3 Zimmern nebst Zubehör, in freundlich gelegener Städtchen oder größerem Ort am Gebirge oder in demselben. Bedienung, eventuell auch Verpflegung im Hause erwünscht.

Angebote unter Nr. 373 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. Spätmittags 12 Uhr werden, allenfalls, Interessenten ihrer Briefe auf diese Angelegenheit aufmerksam zu machen.

Heirat.

Tüchtiger solider Geschäftsmann, 25 Jahre, mit eigenem Geschäft, sehr gut rentabler Fabrik auf dem Lande, sucht mit einem häuslich erzogenen, fleißigen, vermögl. kathol. Fräulein vom Lande, 20-25 Jahre alt, zwecks baldiger Heirat in Verbindung zu treten. Ernstgemeinte Angebote, auch von Eltern und Verwandten, erbeten unter Nr. 370 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wesentliche Gehehle

Schützenstrasse 35

ist unentgeltlich geöffnet von 12-2 und 6-10 - Sonntags 10-12. 30 Zeitungen

70 Zeitschriften liegen auf.